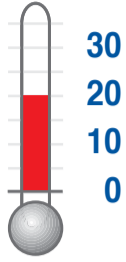


### WETTER IN BIELEFELD



Schauer  
Bis 20 Grad  
Aufkommende  
Niederschläge



SIEHE WETTERKARTE

### Lamey endlich Armine

Mit Neuzugang Michael Lamey fand gestern der offizielle Fototermin des DSC Arminia Bielefeld statt. Heute trifft der DSC in Bad Oeynhausen auf Borussia Mönchengladbach.



Sport

### Wasser gehört ins Museum

»Ein Loch ist im Eimer« heißt die aktuelle Wasser-Ausstellung im Bauernhausmuseum. Gesammelt werden auch Wasserproben aus aller Welt. Lucie Deppe zeigt eines der »Exponate«.



Lokalteil

### BIELEFELD

#### Junkie vor Gericht

An der Tüte Polizisten das Bein gebrochen

#### Steuerzahlerbund

Kritik an Heckrindern in der Johannisbauchaue

#### Rentner als Opfer

Falsche Dachdecker erbeuten 18 000 Euro

### OSTWESTFALEN-LIPPE

Hoffnung für Herzranke: Forscher haben eine neue Therapie gegen Morbus Fabry entwickelt.

### THEMEN DER ZEIT



US-Präsident George W. Bush hat den Widerstand gegen verbindliche Ziele im Kampf gegen die Erderwärmung aufgegeben.

### AUS ALLER WELT

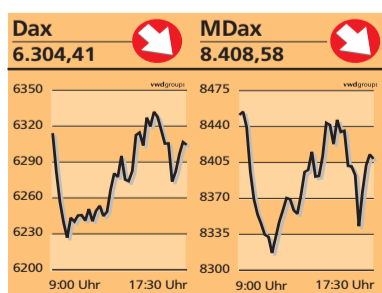
Junge Menschen in Deutschland geben einer Studie zufolge am meisten Geld fürs Outfit aus.

### SPORT



Ein Deutscher in Gelb: Stefan Schumacher übernimmt nach dem Sieg im Einzelfahren bei der Tour die Führung.

### BÖRSE



Nummer 158 / 28. Woche  
2978 / 61. Jahrgang  
www.westfalen-blatt.de



### Jette rät Girls: erst studieren

Zwei aufgeweckte Mädels – Alicia (links) und Albina, beide neun und aus Jülich – haben gestern bei der Bielefelder Katag AG die neue Kindermode »Jette by Staccato« vorgeführt. Auf die Frage, ob sie Models werden wollen, kam ein überzeugtes Ja. Star-Designerin Jette Joop riet, erst zu studieren. Es gebe noch viele andere schöne Berufe: »Mein Papa hat mir richtig abgeraten. Besser eine gut aussehende Designerin als ein nicht ganz so gut aussehendes Model.« Wolfgang Joop ist selbst einer der erfolgreichsten deutschen Designer. Tochter Jette, Mutter eines elfjährigen Mädchens und frisch verheiratet, war bei der Katag-Cheftagung bester Stimmung. Im Gespräch mit dem WESTFALEN-BLATT verriet sie, eigentlich brauche eine Frau nur drei oder vier Paar Schuhe. Es mache sie aber glücklicher, eine größere Auswahl zu haben.

Wirtschaft, Lokalteil/  
Foto: Hans-Werner Büscher



## U-Bahn-Schläger hart bestraft

### Gericht erkennt auf Mordversuch – Beckstein fordert Ausweisung

München (dpa). Die Münchner U-Bahn-Schläger sind ein halbes Jahr nach dem brutalen Überfall auf einen pensionierten Schulleiter zu hohen Haftstrafen verurteilt worden.

Wegen Mordversuchs erhielt der zur Tatzeit 20 Jahre alte Türke Serkan A. vor der Jugendkammer des Landgerichts München zwölf Jahre Haft, der damals 17-jährige Grieche Spyridon L. bekam achteinhalb Jahre Jugendstrafe.

Die beiden hatten kurz vor Weihnachten an einer U-Bahn-Station den zum Prozessauftritt 76-jährigen Bruno Hubertus N. von hinten niedergeschlagen und mit Schlägen und Tritten lebensgefährlich verletzt, weil er sie auf das Rauchverbot in der U-Bahn hingewiesen hatte. Der Pensionär erlitt einen dreifachen Schädel-

bruch und eine Gehirnblutung. Eine Überwachungskamera zeichnete die Tat auf, die bundesweit Empörung und eine Debatte um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts auslöste.

Beide hätten den Überfall »gezielt und kaltblütig ausgeführt«, sagte Richter Baier. Die Initiative sei von dem mittlerweile 21-jährigen Türken Serkan A. ausgegangen. Er habe besonders kaltblütig gehandelt, indem er dem wehrlosen Opfer noch den Rucksack abnahm. Der Verteidiger hatte auch für Serkan A. eine Verurteilung nach dem milderen Jugendstrafrecht gefordert. Der Richter lehnte das ab, weil die Kammer in dem Täter eine »weitgehend gefestigte dissoziale Persönlichkeit« mit wenig Entwicklungsmöglichkeiten

sah. Baier hielt beiden zugute, dass sie die Tat gestanden und das Opfer um Entschuldigung gebeten hatten.

Der Richter stufte die jungen Männer als voll schuldfähig ein. Beide Täter waren angetrunken. Nach Ansicht des Richters führte der Alkohol aber nicht zu vermin-

derter Steuerungsfähigkeit. Auch die Aufzeichnungen der Überwachungskamera zeigten in den Bewegungen der Täter keine Ausfallerscheinungen. Die Gutachter hatte beiden hohe Aggressivität bescheinigt.

Das Gericht folgte mit dem Urteil weitgehend dem Staatsanwalt, der für Serkan A. zwölf Jahre Haft und für Spyridon L. neun Jahre Jugendstrafe gefordert hatte. Die Verteidiger kündigten Revision an. Sie hatten den Überfall als gefährliche Körperverletzung gewertet und niedrigere Strafen gefordert.

Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) schloss sich der Forderung mehrerer CSU-Politiker nach einer Ausweisung der U-Bahn-Schläger an. »Zum Schutz der Bevölkerung« sei dies dringend notwendig, betonte er.

Themen der Zeit  
Hintergrund und Leitartikel



Die beiden Angeklagten Serkan A. (links) und Spyridon L. (rechts) mit Justizbeamten.

### Weniger Steuern trotz teuren Sprits

Brüssel (Reuters). Bundesfinanzminister Peer Steinbrück stemmt sich gegen den Verdacht vieler Bürger, er sei der heimliche Profiteur der hohen Kraftstoffpreise. Es könne keine Rede davon sein, dass er sich an den Zapfsäulen »dumm und dämlich« verdiene, sagte er gestern in Brüssel. In Wahrheit sei das Steueraufkommen gesunken, weil die Menschen weniger tankten.

### Abgeordneter nur für drei Tage

Wien (dpa). Im österreichischen Nationalrat sind gestern drei Abgeordnete vereidigt worden, die es damit ins Guinness-Buch der Rekorde schaffen. Die zwei Sozialdemokraten sowie ein Politiker der rechten »Freiheitlichen« (FPÖ) werden voraussichtlich nur insgesamt drei Tage Zeit haben, um Parlamentsluft schnuppern zu können – morgen soll sich das Parlament bereits selbst auflösen.

### Siemens baut 17 000 Stellen ab

München (WB). Beim größten deutschen Elektrokonzern Siemens steht ein radikaler Stellenabbau bevor. Weltweit sollen bis zum Jahr 2010 etwa 17 000 Arbeitsplätze wegfallen, mehr als 5000 sind es in Deutschland. Betroffen sind vor allem Verwaltung und Vertrieb in München und Erlangen. Siemens will damit 600 Millionen Euro jährlich sparen.

Wirtschaft/Seite 4: Kommentar

## Familie frühstückt selten gemeinsam

Berlin (dpa). Nur 40 Prozent der Eltern frühstücken an jedem Tag der Woche gemeinsam mit ihren Kindern. Dies ergab eine Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des Bundesfamilienministeriums. 41 Prozent gaben dagegen an, dies nur am Wochenende zu tun.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und die Fernseh-Köchin Sarah Wiener riefen gestern in Berlin Eltern und Kinder auf, häufiger die Gemeinsamkeit an Tisch und Herd zu

suchen. »Der Esstisch ist der wichtigste Platz in der Wohnung«, sagte von der Leyen. »Gemeinsames Kochen und Essen von Eltern und Kindern verbindet«, sagte Wiener.

»Die wichtigste gemeinsame Zeit in der Familie« ist laut Umfrage das Abendessen. 59 Prozent der Eltern nehmen dies gemeinsam mit ihren Kindern ein. Der überwiegende Teil der Eltern (85 Prozent) gab zugleich an, »oft bis sehr oft« mit den Kindern zu

kochen und zu essen. Mit sinkendem Einkommen schwindet allerdings diese Bereitschaft deutlich.

Von der Leyen und Wiener kochten gestern gemeinsam mit Berliner Grundschulern eine Gemüse-Bolognese mit frischem Basilikum. Wiener sagte, durch die zunehmende Flut von Fertigprodukten habe sie bei ihren Aktivitäten Grundschüler getroffen, »die nicht mehr den Unterschied zwischen einem Apfel und einer Birne erschnicken konnten«.

### »Wilder Müll« nimmt weiter zu

Bielefeld (WB). 700 000 Euro kostet es die Stadt pro Jahr, Müllberge aus Parks und Grünanlagen und von Glascontainerstellplätzen entfernen zu lassen. 280 Tonnen, der Inhalt von 28 großen Müllfahrzeugen, fallen an. Jetzt, in der Sommersaison, werden Innenstadtparks auch an den Wochenenden zusätzlich gesäubert. Weil viele Zeitgenossen Essensreste oder Flaschen einfach liegen lassen. Allerdings: Nicht nur die illegalen Abfallmengen, auch die Zahl der Bußgeldverfahren steigt. Einnahmen 2007: 13 500 Euro.

Lokalteil

### EU-Sparzwang für Elektrogeräte

Brüssel (ddp). Elektrogeräte müssen künftig im Bereitschaftsmodus Strom sparender arbeiten als bisher. Die EU-Mitgliedsstaaten haben dazu eine gesetzliche Obergrenze für den Stand-by-Energieverbrauch in Haushalten und Büros beschlossen. Demnach dürfen etwa Computer, Fernseher, oder Faxgeräte von 2010 an im Ruhemodus im Regelfall nicht mehr als ein Watt verbrauchen. Haben sie ein Informationsdisplay, dürfen es zunächst zwei Watt sein. Von 2013 an halbieren sich die Grenzwerte. Das Europäische Parlament muss der Regelung noch zustimmen.

### Kassen: Anstieg auf 15,8 Prozent

Berlin (dpa). Die Angestellten-Krankenkassen rechnen nach Einführung des Gesundheitsfonds zum Januar mit einem Einheitsbeitragsatz von 15,8 Prozent. Wenn die bisherigen Belastungen und die Versprechungen für Ärzte und Krankenhäuser näher betrachtet werden würden, müsse es zu diesem Satz kommen, sagte gestern der Chef des Verbands der Angestellten-Krankenkassen, Thomas Ballast. Bisher hatten einzelne Kassen vor Beitragserhöhungen auf bis zu 15,5 Prozent gewarnt. Die Bundesregierung will den neuen Einheitsbeitrag am 1. November verkünden.

### Na, wer sagt's denn!

»Während die Arktis schmilzt, vertagen die G8 das Handeln. Statt Klimaschutz hat die Welt nichts weiter erhalten als blumige Worte.« Die Umweltschutzorganisation Greenpeace zur Klimavereinbarung des G8-Gipfels

## Ärger um Gelöbnis

### Kritik an Ablehnung der Berliner Verwaltung

Berlin (ddp). Die Ablehnung der Berliner Behörden eines öffentlichen Gelöbnisses von Bundeswehrsoldaten vor dem Reichstagsgebäude stößt bei Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) auf Kritik. Die Entscheidung sei »völlig unverständlich«, sagte Lammert gestern in Berlin. Es gebe »keinen geeigneteren Ort, das öffentliche Bekenntnis einer Armee zur parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck zu bringen, als den Platz vor dem Reichstagsgebäude«. Das Berliner Bezirksamt Mitte hatte es abgelehnt, den Platz der Republik vor dem



Norbert Lammert: »Entscheidung ist unverständlich.«

Reichstagsgebäude für ein Gelöbnis freizugeben.

Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) sagte, Grund sei die Forderung der Bundeswehr nach umfangreichen Straßensperrungen rund um den Platz gewesen. Dies sei jedoch nach einem Verwaltungsgerichtsurteil nicht zulässig, sagte Gothe.

FDP-Parteichef Guido Westerwelle sprach von einem Treppenwitz. »Das ist instinktiv, schamlos, geschichtslos und dumm.« Westerwelle sieht dahinter eine »bundeswehr- und staatsfeindliche Haltung in der Berliner Verwaltung«.